

Weichen stellen für Nachhaltigkeit

Am Ostermontag wurde die dritte Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften (Leopoldina) zur Coronavirus-Pandemie herausgegeben. Die „Leopoldina“ ist für die Entscheidungsfindung der Politik von hoher Bedeutung. Angela Merkel nannte sie einmal die „Stimme der Wissenschaft“. Die zentralen Empfehlungen des Papiers sind überschrieben mit:

- Entscheidungsgrundlagen optimieren
- Differenzierte Einschätzung der Risiken ermöglichen
- Psychologische und soziale Auswirkungen abfedern
- Vielfältige Perspektiven in die Abwägungsprozesse einbeziehen
- Bildungsbereich schrittweise öffnen
- Öffentliches Leben schrittweise normalisieren
- Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Stabilisierung nutzen
- Weichen stellen für Nachhaltigkeit
- An einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung festhalten

In der Öffentlichkeit wurde vor allem die (gut begründete) Empfehlung wahrgenommen (und kritisiert), zuerst die Grundschulen und die Sekundarstufe I wieder schrittweise zu öffnen. Völlig unbeachtete blieben u.a. die Empfehlungen zu „Weichen stellen für Nachhaltigkeit“.

Unter 7. Mit nachhaltigen ökonomischen Maßnahmen die Krise überwinden, S. 16, führen die Wissenschaftler aus:

Angesichts der tiefen Spuren, welche die Coronavirus-Krise hinterlassen wird, vor allem aber wegen der mindestens ebenso bedrohlichen Klima- und Biodiversitäts-Krise kann es nicht einfach eine Wiederherstellung des vorherigen Status geben. Nicht zuletzt gilt es, aus den Erfahrungen mit der Coronavirus-Pandemie und ihren Ursachen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die generelle Zunahme der Bevölkerung, Urbanisierung und globale Mobilität, die Vernichtung und Abnahme der Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen durch Landnutzungsänderungen und der Klimawandel tragen wesentlich zum Ausbruch von Epidemien und Pandemien bei.

*Staatliche Maßnahmen, die nach dem Abklingen der Pandemie wirtschaftliche Tätigkeit wieder anstoßen, sollten daher die Kriterien der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Mit einer nachhaltigen Ausrichtung der jetzt getätigten Investitionen und Programme entstünde die Freiheit der Beteiligten, die notwendigen Änderungen auf eine den jeweiligen lokalen und zeitlichen Gegebenheiten angemessene Weise umzusetzen, dringend nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende herzustellen, regionale und globale Stoffkreisläufe zu schließen etc. **Wird diese Chance vertan, so dürfte auf Grund der Größe der jetzigen Wirtschaftsprogramme ein später nötiges drastischeres Umsteuern extrem schwierig werden.** Daher liegt in der Wahrnehmung dieser historischen Chance eine kaum zu überschätzende Verantwortung der Handelnden. Notwendig ist dabei eine transparente Kostendiskussion, die auch die massiven externen Kosten von Klima-, Umwelt- und nicht zuletzt daraus resultierenden Gesundheitsschäden berücksichtigt.*

Konkret wird es zunächst darum gehen, wirtschaftliche Aktivitäten so anzustoßen, dass die in diesem Jahr unvermeidliche Rezession nicht zu stark ausfällt, die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Dieser sollte allerdings stärker als zuvor von Prinzipien der Nachhaltigkeit bestimmt sein, nicht zuletzt, weil hierin enorme Potentiale für die wirtschaftliche Entwicklung liegen.

Und auf S. 17:

Weichen stellen für Nachhaltigkeit

Alle politischen Maßnahmen, die nicht der unmittelbaren Rettung von Unternehmen dienen, müssen sich auf nationaler wie internationaler Ebene an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Daher müssen die folgenden Maßnahmen, die auf einer breiten wissenschaftlichen Evidenz und einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen, weiterhin mit hoher Priorität umgesetzt werden. Der Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft und eine konsequente Mobilitäts- und Landwirtschaftswende setzen wesentliche Impulse für Innovation und Wachstum. Dazu gehören die

umgehende Einführung eines Preises für fossiles CO₂, die schnellstmögliche Verabschiedung und Umsetzung der nationalen Wasserstoffstrategie sowie die Neuregelung des Strommarktes. Ziel muss ein starker europäischer „Green Deal“ bleiben.

Klaus Mayer
Karlsruhe-Hagsfeld